

# Lehrer und Schule

**Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)**

Landesverband Hessen e. V. / Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund



**Gute Bildung kostet gutes Geld!**

+++ Kommentar +++

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Helmut Deckert

nach dem grandiosen Start des Landes- schulamtes mit der Idee einer hessischen Leseförderung ist dieses nun stolz auf die erfolgte Referendarszuweisung, als ob das nicht in der Vergangenheit zur Zufriedenheit aller auch ohne das Etikett des Landesschulamtes geklappt hätte. Aber eine alte Binsenweisheit sagt, dass jeder Krämer seine Ware rühme. Das ist an sich nicht schlecht, aber hier werden Steuer- gelder verpulvert – von Einsparungen kann auf Jahre hinaus sicher keine Rede sein –, die an anderer Stelle dringend feh-

len. Was da als Meilensteine gepriesen wird, erweist sich eher als Stolpersteine.

Die gebetsmühlenartige Aussage von der 105 %-Versorgung der Schulen mündet nun in eine annähernd 104%ige für alle – und Bonbons für die Lieb-Kind-Projekte. Mit einer solchen Versorgung hätte ich zugegeben nicht gerechnet, warte aber auch ab, ob sie tatsächlich bei den Schulen ankommt oder ob kreative Schulämter da nicht einiges einbehalten wollen. Zudem ist schon abzusehen, was unter dem Diktat dieser Versorgung alles an anderer Stelle gestrichen werden muss oder fehlt: Entlastung der Mentorinnen und Mentoren, ausreichende Stunden bei den Inklusionsmaßnahmen, das Ende von SchuB und vieles mehr. Reelle Politik sieht anders aus.

Das gilt auch für die Besoldung. Wenn Sie dieses Heft in den Händen halten, wissen wir, wie die hessische Landesregierung mit Ihren Angestellten umgeht – und ob sie die Beamtinnen und Beamten, also auch uns Lehrerinnen und Lehrer, schlechter behandelt als das Tarifpersonal. Wir werden uns das - so oder so - bis zum Wahltag im September sicher gut merken. Gute Bildung kostet gutes Geld – und dazu gehört die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte und Pensionäre.

Übrigens: Das grpoe Vorbild Bayern tut das ... Bei geplanten Verschlechterungen ist man damit immer ganz schnell bei der Hand. Der Bildungsbereich ist aber kein Sparschwein, sondern gutes Geld wert, weil wir gute Arbeit leisten. Und deshalb werden wir auch nicht locker lassen, dass alle Lehrer Lehrer sind – dass sie zwar nicht gleichartige aber gleichwertige Arbeit leisten.

Hessen hat im Ländervergleich die meisten Schulformen, unübersichtlicher ist es kaum wo in der Republik. Und im Vorfeld des Landtagswahlkampfes wird sicher auch wieder – in Hessen sind wir das gewohnt – der bildungspolitische Grabenkrieg losgehen. Warum sollten wir es eigentlich nicht schaffen, was andere Bundesländer geschafft haben, nämlich einen parteiübergreifenden Schulfrieden hinzubekommen, damit unsere

- ↳ VBE-Vorsitzender empört über Ankündigung zu einem Lesekompetenz-Projekt des neuen Landesschulamtes – Gute Bildung kostet Geld..... 19
- ↳ Angekündigte Versorgung der Schulen grundsätzlich begrüßt – Sozialindex anerkannt und kritisch durchleuchtet – VBE- Landesvorsitzender warnt vor Rechenricks und anderweitigen Belastungen ..... 19
- ↳ VBE-Landesvorsitzender kommentiert Landtagsdebatte – Deckert nimmt zur Diskussion um das „Sitzenbleiben“ Stellung – Maximalisten als bildungspolitische Geisterfahrer bezeichnet .....20
- ↳ VBE-Landesvorsitzender fordert Land Hessen zum Einlenken bei den Tarifverhandlungen auf – Zügiges ergebnisorientiertes Verhandeln gefordert – VBE unterstützt morgigen Warnstreik und Kundgebung vor dem Kultusministerium ..... 21
- ↳ Hessischer Lehrertag am 28. Februar 2013 ..... 22
- ↳ Mündliche Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtags zum 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz ..... 23
- ↳ Warnstreik in Hessen am 6. März 2013 in Wiesbaden 25
- ↳ Schulen gehen in Führung – Der Deutsche Schulleiterkongress 2013 ist Geschichte ..... 27
- ↳ Debeka lehnt Pläne einer Bürgerversicherung entschieden ab ..... 28
- ↳ Schulamtsdirektor a. D. Helmut Holzderber leider viel zu früh verstorben ..... 29
- ↳ KV Limburg-Weilburg – Die Familienklasse ..... 29
- ↳ Veranstaltungen .....32

Schulen endlich einmal die beste Reform bekommen, die es für die nächsten Jahre gibt: Keine Reform!

Man kann schließlich Schule gestalten wie man will; es gibt aber in Deutschland eben nur drei Abschlüsse, und die sind überall gleich, auch wenn für ein bayrisches Kind mehr Geld ausgegeben wird als anderswo und es mehr Stunden Unterricht in der Woche hat.

Mit schon fast sprichwörtlicher Hudelei geht auch im Sommer der islamische Religionsunterricht an den Start – mit nicht fertig ausgebildetem Personal und einem obskuren Anschluss, zumindest für die Haupt- und Realschullehrer, die an der entsprechenden Fortbildung teilnehmen. Die erhalten nämlich nur ein fachliches Zertifikat und dürfen dann aber in den Grundschulen einfliegen und den Islam unterrichten. Qualität sieht anders aus!

Vor einiger Zeit wurde von den Kultusministerien als einem Schleudersitz gesprochen, weil deutschlandweit in keinem anderen Ressort so oft die Verantwortlichen ausgetauscht wurden. Vielleicht liegt das aber weniger an den Sitzen als an den Personen darauf. So wünsche ich mir für Hessen eine Bildungspolitik mit ruhiger und überlegter Hand, die zukunftssicher ist

meint Ihr Helmut Deckert  
(VBE-Landesvorsitzender)

## VBE Hessen

# VBE-Vorsitzender empört über Ankündigung zu einem Lesekompetenz-Projekt des neuen Landesschulamtes – Gute Bildung kostet Geld – VBE-Landesvorsitzender wirft HKM mangelnde Unterstützung der Schulen vor

„Es ist zwar schon Faschingszeit, aber das ist ein schlechter Scherz“, kommentierte der hessische VBE-Landesvorsitzende Helmut Deckert die Ankündigung des neuen Landesschulamtes an die hessischen Schulen in einem Schulleitungs-Info.

„Man glaubt es nicht“, so Deckert weiter, „dass ausgerechnet die Förderung der Lesekompetenz als erstes Projekt ausgegraben wird. Lesekompetenz war einmal das sogenannte strategische Ziel Nr. 1. Das hat man dann für ‚erledigt‘ erklärt, obwohl jeder Lehrkraft klar ist, dass bei immer neuen Schülerinnen und Schülern die Lesekompetenz immer neu angebahnt und erreicht werden muss.“

Besonders ärgerlich sei eine solche Ankündigung allerdings, wenn man bedenke, dass das Kultusministerium die Lizenz für das Leseprogramm ANTOLIN, das insbesondere die Grundschulen nutzten, gerade erst 2010 gekündigt habe. Derzeit liefen auch die Kostenübernahmen aus, die in Teilen des Landes durch die Schulträger (Medienzentren) übernommen worden waren.

Dies sei wieder mal ein schönes Beispiel dafür, dass die Schulen mit guten Ideen finanziell allein gelassen würden.

Deckert zeigte sich auch deshalb empört, weil es offensichtlich nur um 80 € je Jahr und Schule gehe. Wenn Hessen dieses Geld nicht mehr habe, dann frage man sich doch, was Bildung in diesem Land noch kosten dürfe. Im Übrigen verfügten gerade Grundschulen in der Regel über einen vergleichsweise niedrigen Etat, aus dem sie solche Ausgaben nun auch noch selbst bezahlen müssten. „Zudem opfern Kolleginnen ihre Freizeit, wenn sie dieses Programm in ihren Deutsch-Klassen betreuen“, so Deckert.

Der VBE ziehe als Fazit, dass man bei den Schulen an allen Ecken und Enden selbst bei kleinsten Beträgen spare. Das sei in höchstem Maße ärgerlich, wenn man die Aufwendungen für private Schulen wie z. B. in Wiesbaden in Millionenhöhe dagegen halte. Deckert schloss: „Wir brauchen keine Sonntagsreden und Hochglanzprodukte, sondern erst einmal Verlässlichkeit im Alltag.“

pd-hs 02-2013

### Information:

„Als ein erstes Beispiel für das Funktionieren der neuen Strukturen wird ein Projekt zur Förderung der Lesekompetenz aufgelegt.“ (Zitat aus dem Schulleitungs-Info des HKM 1/2013).

## Angekündigte Versorgung der Schulen grundsätzlich begrüßt – Sozialindex anerkannt und kritisch durchleuchtet – VBE-Landesvorsitzender warnt vor Rechenricks und anderweitigen Belastungen – An Arbeitszeit der Lehrkräfte erinnert

„Grundsätzlich gut“, kommentierte der VBE-Landesvorsitzende Helmut Deckert heute die Ankündigungen von Kultusministerin Nicola Beer zu einer besseren Versorgung der Schulen ab August 2013 und der Anwendung eines Sozialindex.

Gleichzeitig warnte Deckert davor, die im Koalitionsvertrag vorgesehene 105 %ige Versorgung der Schulen durch Rechenricks zu erreichen. „Die Versorgung“, so Deckert, „muss jetzt 5 % über 100 % liegen, ohne dass an anderer Stelle gekürzt wird.“

„Ärgerlich ist es aber auch“, so monierte der VBE-Chef, „dass in den angegebenen Verwendungsbeispielen der besseren Versorgung die Entlastung der Mentoren und Mentorinnen nicht erwähnt wird.“ Die Mentoren hätten einen solchen Schritt der zumindest verbalen Anerkennung allemal verdient.

Dagegen werde aber die mögliche Erhöhung des Schulleitungsdeputates vorgesehen. „Die notwendige und bislang in der Tat unzureichende Entlastung der Schulleitung“, klärte Deckert, „ist aber originäre Aufgabe des Arbeitgebers Land Hessen und kann nicht der einzelnen Schule überlassen werden – und dies noch auf Kosten ihrer Versorgung.“

Der VBE begrüße es natürlich, dass das Versprechen des Koalitionsvertrages nunmehr angegangen werde, ebenso wie seine alte Forderung nach einem Sozialindex für Schulen. „Kritisch sehen wir im Moment das Zustandekommen des Sozialindex. Es leuchtet nicht unbedingt ein, dass Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger die schulische Arbeit mehr belasten als Kinder, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschten, gleich ob sie Zuwanderer sind oder nicht. Hier bedarf es noch einiger Details, um abschließend urteilen zu können“, erläuterte der VBE-Chef.

Diese Details werde man prüfen, um dann eine abschließende Meinung auf sachlich fundierter Basis zu erhalten. Schon jetzt sei allerdings sicher, dass eine bessere Versorgung auch der Tatsache zu verdanken sei, dass die hessischen Lehrkräfte die höchste Arbeitszeit der Republik haben, erinnerte Deckert.

pd-hs 04-2013

#### Information:

Kultusministerin Beer hat eine bis zu 105%-Versorgung der hessischen Schulen ab August 2013 und die Anwendung eines Sozialindex angekündigt.

## VBE-Landesvorsitzender kommentiert Landtagsdebatte – Deckert nimmt zur Diskussion um das ‚Sitzenbleiben‘ Stellung – Maximalisten als bildungspolitische Geisterfahrer bezeichnet – VBE Hessen sieht zukünftiges Ziel nur mit entsprechenden Ressourcen

## machbar – Wiederholungen in Ausnahmefällen nach wie vor als sinnvoll angesehen

Der hessische VBE-Landesvorsitzende Helmut Deckert kommentierte heute die Diskussion im hessischen Landtag über das Sitzenbleiben. „Wer das sogenannte Sitzenbleiben, das man treffsicherer und weniger diskriminierend besser als Wiederholung bezeichnete, abschaffen will, muss auch sagen, welche Ressourcen er dafür bereitstellen will“, erläuterte Deckert.

„Grundsätzlich kann man über diese Frage pädagogisch diskutieren, und das geschieht nicht erst seit heute“, äußerte sich der VBE-Chef. „Ich halte aber nichts von bildungspolitischen Geisterfahrern, die die Maximalpositionen des sofortigen Abschaffens der Wiederholungen oder des sturen Beibehaltens für alle Zeiten vertreten.“ Damit spielte Deckert auf die Positionen anderer Gewerkschaften an.

Grundsätzlich könne man über die Abschaffung der Wiederholungen reden, zumal dies auch ein ökonomisches Problem sei. Mit den Geldern, die eine Wiederholung kosteten, sei durchaus eine Förderung zu ermöglichen, die eine solche Wiederholung verhindere. „Schließlich“, so Deckert, „fällt eine Wiederholung nicht vom Himmel, sondern bahnt sich langsam, aber sichtbar an.“

Eine solche individuelle Förderung setze neben den verfügbaren Mitteln aber auch zwingend die Mitarbeit der Schülerinnen und Schüler und der Eltern voraus. Zudem gebe es mit Sicherheit Fälle, etwa bei langfristiger Krankheit, die eine Wiederholung eines Jahrganges rechtfertigten.

„Der Teufel sitzt“, so Deckert abschließend, „wie immer im Detail. Dabei müssen nicht nur die Mittel und die Umsetzung im schulischen Alltag geregelt werden. Es bedarf auch klarer Regelungen, wie lange und mit welchem Ziel eine Wiederholung verhindert werden soll. Mit einem „Volksabitur für alle“ ist schließlich auch niemandem gedient.“

Optimal sei es, wenn eine frühe und intensive Förderung – auch schon im vorschulischen Bereich – Wiederholungen überflüssig machen würde. Dafür benötigten Kindergärten und Schulen jedoch mehr Stellen und Mittel und eine entsprechende verlässliche Unterstützung.  
pd-hs 06-2013

#### Information:

Der hessische Landtag hat heute über das sogenannte „Sitzenbleiben“ diskutiert. Dabei wurden die widersprüchlichen Positionen der Parteien deutlich.

## VBE-Landesvorsitzender fordert Land Hessen zum Einlenken bei den Tarifverhandlungen auf – Zügiges ergebnisorientiertes Verhandeln gefordert – VBE unterstützt morgigen Warnstreik und Kundgebung vor dem Kultusministerium – Übertragung auf Beamtinnen und Beamte sowie Pensionäre ist gefordert

Der Landesvorsitzende des VBE Hessen, Helmut Deckert, erwartet von der Hessischen Landesregierung bei

den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst Hessens ein tragfähiges Verhandlungsangebot. Man müsse zügig zu Ergebnissen zu kommen. „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und damit auch die Lehrkräfte Hessens dürfen nicht wieder von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden“, so Deckert. „Wer tagtäglich von seinen Lehrkräften den vollen Einsatz erwartet, muss dies auch bei der Entlohnung entsprechend würdigen“, erläuterte Deckert die Forderungen der Gewerkschaften. „Wir haben ohnehin die höchste Arbeitszeit der Republik. Da wird man zu Recht auch eine Besoldung an der Spitze der Länder fordern dürfen“, so Deckert weiter.

Das Land Hessen, das immer darauf gepocht habe, nicht Mitglied der TdL zu sein, könne sich jetzt nicht hinter dieser verstecken und deren Ergebnisse abwarten. Der VBE erwarte ein eigenständiges hessisches Verhandlungsangebot.

Deckert empfahl den tarifbeschäftigten Mitgliedern des VBE, sich am 6. März in Wiesbaden an der Protestveranstaltung des dbb (Beamtenbund und Tarifunion) vor dem Kultusministerium zu beteiligen. Zugleich forderte er eine Erklärung des Landes, die Ergebnisse der Tarifverhandlungen inhaltsgleich und ohne zeitliche Verzögerung auf die Beamten zu übertragen. Auch die hessischen Pensionärinnen und Pensionäre haben nach Auffassung des VBE Hessen Anspruch auf ungeschmälerte Anpassung ihrer Ruhestandsbezüge.

### +++Die böseste Meldung+++

„Nachdem Herr Dr. Dittmann auf meine schriftliche Erwiderung auf den ersten Teil seiner unqualifizierten Äußerungen zur hessischen Schulinspektion weder antwortete noch den Brief von mir im Sinne der transparenten Auseinandersetzung mit diesem Thema in der Verbandszeitschrift veröffentlichte, wähle ich nun den Weg einer offenen Stellungnahme zum zweiten Teil seines Angriffs auf die von mir verantwortete externe Schulevaluation in Hessen.

In diesem Zusammenhang möchte ich meine Irritationen zum Ausdruck bringen, dass Herr Dr. Dittmann die Verbandszeitschrift dazu missbraucht, öffentlich einen persönlichen Feldzug gegen die Schulinspektion zu unternehmen. Dieser hängt meines Erachtens vor allem mit den zumeist unterdurchschnittlichen Ergebnissen der Evaluation der von ihm geleiteten Schule zusammen. Vor allem die dort in Bezug zu den Qualitätsbereichen III (Führung und Management) und IV (Professionalität) des Hessischen Referenzrahmens (HRS) festgestellten Schwächen sollten daher eher zu einer Introspektion von Herrn Dr. Dittmann führen als zu öffentlichen Angriffen auf die Organisation, die mit einer systematischen und neutralen Evaluation diese Probleme aufgezeigt hat.“

(aus einer sogenannten öffentlichen Stellungnahme der Leiterin der Schulinspektion des IQ, Constanze Creutzburg, vom 24.02.2013, versandt innerhalb der Bildungsverwaltung)

Da besteht wohl ein großer Inspektions- und Introspektionsbedarf im IQ und bei Frau Creutzburg. Ein solches Verhalten disqualifiziert die Schulinspektion nachdrücklicher als es jede Kritik hätte erreichen können. Davon abgesehen, dass Frau Creutzburg offensichtlich dienstliche Arbeit und gewerkschaftliches Engagement nicht auseinanderhalten kann, offenbart sie auch einen mehr als merkwürdigen Umgang mit schutzwürdigen Daten. Da kann man getrost von dem Versuch einer verfassungswidrigen Beeinträchtigung von Gewerkschaftsarbeit sprechen ...

## Hessischer Lehrertag am 28. Februar 2013

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.



Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Am 28. Februar 2013 führte der VBE Hessen seinen diesjährigen Hessischen Lehrertag durch. Als Gewerkschaft steht der VBE auch für Fortbildungsveranstaltungen. Erfreulich ist dabei, dass sich die „Rabattmarken“-Mentalität einer früheren Landesregierung erledigt hat.



Mit insgesamt fünf aufgegebenen Professoren ging es um die Verzahnung von Forschung und Lehre. Diese hat zu allen Zeiten das Pädagogendasein befruchtet. Voraussetzung für erfolgreiches Unterrichten ist eine erfolgreiche Ausbildung. Der VBE hatte die kürzlich erfolgte Änderung des derzeitigen Lehrerausbildungsgesetzes abgelehnt, weil er einen nach wie vor mangelnden Praxisbezug sieht.

Hierzu sprach zum Thema „Lehrerbildung als Dauerbaustelle – Gibt es Hoffnung auf ein solides Zuhause für künftige Pädagogen/-innen?“ Prof. Dr. Udo Rauin von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main, Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung. Er gab fundierte Hinweise auf die Erfordernisse einer soliden und praxisnahen Lehrerausbildung.

In vier Arbeitskreisen ging es dann um praktische Fragen: Prof. Dr. phil. Rolf Werning von der Leibniz-Universität Hannover, Abteilung Pädagogik bei Lernbeeinträchtigungen, zeigte mit seinem Vortrag zu „Inklusion als pädagogische Herausforderung“ Gelingens-Bedingungen für Inklusion auf, die mit dem derzeitigen Stand in Hessen kaum zu erreichen sind.

Inklusion bedeutet nach Meinung des VBE Hessen derzeit, möglichst viele Maßnahmen mit möglichst wenig Ressourcen durchzuführen.

Prof. Dr. phil. Kurt Czerwenka (Seniorprofessor) von der Leuphana-Universität Lüneburg, Institut für Bildungswissenschaft, Leiter der Sommerakademie, gab Hinweise zum „Umgang mit schwierigen Schülern“. Der entsprechende Handlungsbedarf an den Schulen nimmt stetig zu.

Zur „Individualisierung im Englischunterricht“ referierte Prof. Dr. phil. Jürgen Kurtz von der Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Anglistik, Didaktik des Englischen. Individualisierung ist „vom Schüler her gedacht“, bedeutet aber auch, dass es keine Kompetenzen ohne Wissen und Fähigkeiten gibt.

Ein Gleiches gilt für die „Mathematischen Experimente“, die Prof. Dr. Dr. h.c. Albrecht Beutelspacher, der Gründer und Direktor des Mathematikums an der Justus-Liebig-Universität Gießen unter der Beteiligung der Teilnehmer seines Arbeitskreises vorstellte.

Mit diesen Angeboten ergab sich ein umfangreiches Angebot in der Qualität. Der VBE-Landesvorsitzende Helmut Deckert wies dabei darauf hin, dass Fortbildung eigentlich auch vorrangig Sache des Dienstherren sei. Der aber verknappe das Angebot und verweise auf Fremdangebote. Zum Schließen dieser Lücke trug auch dieser Hessische Lehrertag bei. Lehrerbildung und Fortbildung sind schließlich Zukunftsinvestitionen und kein Sparpotenzial.

## dbb Hessen

# Mündliche Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtags zum 2. Dienstrechts- modernisierungsgesetz

Am 07.03.2013 erfolgte die mündliche Anhörung zum 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz im Innenausschuss des Hessischen Landtags. An der Spitze der Delegation des dbb Hessen nahm der Landesvorsitzende Walter Spieß zu dem Gesetzesentwurf Stellung. In einem grundsätzlichen, aber dennoch kurz gefassten Statement legte er die Positionen des dbb Hessen zu der umfangreichen Gesetzesvorlage dar und verwies im Übrigen auf die dem Ausschuss vorliegende detaillierte schriftliche Stellungnahme des dbb Hessen.

U. a. führte er – auszugsweise – Folgendes aus:  
„Wie wir in unserer Stellungnahme zum Ausdruck gebracht haben, bewegt sich das 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz nach unserer Einschätzung durchaus in dem vom Grundgesetz gesetzten Rahmen.“

Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums bleiben unangetastet. Gleichzeitig wird das Dienstrecht aber moderat fortgeschrieben und – was heutzutage ja nicht selbstverständlich ist – es ist zumindest vom Ansatz her, nicht als ein Einspargesetz konzipiert, das dann unter dem Deckmäntelchen einer „Reform“ verkauft werden soll. Nein – es gibt sogar, wenn ich beispielsweise an die Anhebung der Eingangsbesoldung denke, leichte Verbesserungen für die hessischen Beamtinnen und Beamten.

Natürlich hätten wir uns – gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, die nach unserer Auffassung einen Wettbewerb zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft um die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses auslösen wird, zusätzliche Anreize gewünscht, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Hessen zu steigern. Ich darf hierzu auf unsere allgemeinen Ausführungen zu Beginn unserer Stellungnahme verweisen. Aber immerhin – von der einen oder anderen Seite geäußerte Befürchtungen, die Reform werde zum Kahlschlag im Versorgungsbereich benutzt, haben sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil hält Hessen z. B. an der Anrechnung der dreijährigen Studienzeiten fest. Dennoch ist es zu früh, eine endgültige Bewertung abzugeben, wohin der öffentliche Dienst Hessens letztlich driftet.

Ich möchte – um es etwas anschaulicher zu machen – auf das Beispiel eines Hausbaus zurückgreifen. Ja – man hat mit dem Beamtenstatusgesetz ein tragfähiges Fundament und mit der darauf aufsetzenden Dienstrechtsreform in der jetzigen Form in Hessen einen zukunfts-festen Rohbau für ein modernisiertes Beamtenrecht geschaffen, dessen Statik stimmt. Der konkrete Innenausbau – das Wohnlichmachen des Gebäudes – steht aber noch aus.

Noch fehlen wesentliche Rechtsverordnungen wie die Hessische Laufbahnverordnung, die Hessische Urlaubsverordnung, die Ausgestaltung der Leistungsbezahlung. Werden diese ausstehenden, nicht unwichtigen weiteren Umsetzungsregelungen den Grundintentionen des Gesetzes gerecht? Erst bei der Novellierung der Hessischen Laufbahnverordnung wird sich zeigen, ob eine echte Flexibilisierung des Laufbahnrechts stattfindet, ob Aufstiege erleichtert oder erschwert werden, bzw. bei der Urlaubsverordnung, ob Urlaubsansprüche gekappt werden und wie man innerhalb der gesetzlichen Rahmenvorgabe die Bestimmungen zur Gewährung von Leistungszulagen und -prämien fasst. Und selbst wenn die ausstehende Rechtsverordnung zum Leistungsbereich schließlich vorliegt, stellen sich dann weitere Fragen der Finanzierung, der Akzeptanz und einer sinnvollen Umsetzung in die Praxis und der Abstimmung mit dem Tarifbereich. Zudem sind wir natürlich misstrauisch, hinsichtlich der Beweggründe, die Sonderzahlung, die ja längst nicht mehr das Niveau eines dreizehnten Monatsgehalts erreicht und nur noch Restbeträge eines echten Urlaubsgeldes enthält, nicht in das Grundgehalt der neuen Besoldungstabelle einzubauen.

Möchte man sich hier einen „Steinbruch“ vorhalten, auf den man bei Finanzbedarf problemlos zurückgreifen und den man zum Abbau vorhalten will?

Wie wird die konkrete Umsetzung vor Ort der im Gesetz als Ermessensvorschriften formulierten Vorgaben zu Fragen der verstärkten Prüfung von Reaktivierungsmöglichkeiten aussehen?

Werden die Beförderungsmöglichkeiten, für die das Gesetz aus unserer Sicht sinnvollerweise mit der Festlegung von Obergrenzen eine gewisse Strukturierung vorgibt, auch tatsächlich ausgeschöpft?

Offene Fragen – an denen sich nicht zuletzt der tatsächliche Erfolg der Dienstrechtsreform in Hessen wird messen lassen müssen.

Probleme, wie die zu lange Wochenarbeitszeit, wie Stellenkürzungen und Arbeitsverdichtungen in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes Hessens und eine dringend notwendige Fortschreibung des Personalvertretungsrechts werden ungeachtet der an sich akzeptablen

Dienstrechtsreform bleiben – sei es, weil sie nicht Gegenstand dieses Reformwerks sein können oder sollen.“ Die stellvertretende Vorsitzende Ute Wiegand-Fleischhacker, die als Vorsitzende der dbb Frauenvertretung des dbb Hessen gesondert eingeladen war, ging zusätzlich detailliert auf die Regelungen des Gesetzesentwurfs ein, die einen familienpolitischen Bezug hatten. Hierbei standen insbesondere Fragen der Umsetzung der Familienpflege auf den Beamtenbereich sowie versorgungsrechtliche Fragen bei der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten im Mittelpunkt der Ausführungen.

In der anschließenden Fragerunde nahm auch das Vorstandsmitglied des dbb Hessen, Norbert Naumann, das Wort und erläuterte mit konkreten Beispielen den Nachbesserungsbedarf für spätere Berufseinstiege im höheren Dienst und insbesondere im Lehrerbereich.

Neben dem Vorsitzenden des dbb Hessen, Walter Spieß, der stellvertretenden Vorsitzenden Ute Wiegand-Fleischhacker und dem dbb-Vorstandsmitglied Norbert Naumann nahmen auch der Vorsitzende der dbb-Jugend Hessen, Martin Walter, sowie das Vorstandsmitglied Peter Schollmeyer (Komba) und Reinhold Petri (DVG), als Vorsitzender des Dienstrechtsausschusses des dbb Hessen, an der Anhörung teil.

Den Stellungnahmen der Anzuhörenden schlossen sich mehrere muntere Frage- (Abgeordnete) und Antwort- (Anzuhörende) runden an. Inwieweit die von uns geforderten Nachbesserungen bei der anschließenden Gesetzesberatung noch einfließen werden, bleibt abzuwarten.“

Die schriftliche Stellungnahme kann auch auf der Homepage des dbb Hessen ([www.dbbhessen.de](http://www.dbbhessen.de)) eingesehen werden.

Der dbb Hessen geht davon aus, dass das 2. DRModG noch vor der Sommerpause vom Hessischen Landtag verabschiedet wird, möglicherweise in der Mai-Sitzung des Plenums. Mit dem Inkrafttreten wesentlicher Änderungen ist nach jetzigem Stand aber erst neun Monate nach der Verkündung des Gesetzes zu rechnen.

**Nutzen Sie  
unser aktuelles  
Info-Telefon!**

**o 61 82 / 89 75 12**



**Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.**



Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

### ++ +Die vergleichbarste Meldung+ ++

„Sechs weg in einem Jahr: Kultusminister auf dem Schleudersitz – BERLIN. Mit Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) sind bereits sechs der 16 Politiker, die vor einem Jahr noch für Deutschlands Schulen verantwortlich waren, nicht mehr im Amt. Damit zeigt sich: Die Spitze eines Kultusministeriums ist ein Schleudersitz. So viel Fluktuation gibt es bei keiner anderen politischen Funktion in Deutschland.“  
(aus einer Meldung von news4teachers vom 8.01.2013)

„Ein Absturz ins Bodenlose geht auch an einem hartgesottenen Politiker wie Klaus Böger nicht spurlos vorbei. Müde sieht er aus, um die Augen haben sich dunkle Ringe gelegt. ... Als SPD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus gewöhnte sich Böger an Spitzenwerte bei Meinungsumfragen. ... Doch seit er vor gut einem Jahr auf den Posten des Schulsenators wechselte, ist sein Renommee gesunken und nun darin. ... Er kennt den Grund: „Ich werde mit dem derzeitigen Stand des Berliner Bildungswesens identifiziert.“

(aus einer Meldung in DIE ZEIT vom 4. Januar 2001)

Davon abgesehen, dass das Berliner Bildungswesen inzwischen noch schlechter ist, ist es doch eigentlich verständlich, dass man den jeweilig Verantwortlichen mit der durch ihn vertretenen Politik identifiziert. Schließlich sind alle Kultusminister gerne dabei, wenn es gilt, Erfolge auf ihre Fahnen zu schreiben. Umgekehrt sollen die Lehrkräfte – und so auch wir in Hessen – für möglichst wenig Aufwand möglichst viel leisten, bis hin zu Unmöglichem. Das passt einfach nicht zusammen. Gute Bildung kostet gutes Geld – und braucht gute Politik ...



## Warnstreik in Hessen am 6. März 2013 in Wiesbaden – Einen langfristig leistungsfähigen öffentlichen Dienst kann man nicht herbeikürzen!

Über 1000 Beschäftigte aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Hessen fanden sich am 6. März 2013 am Wiesbadener Hauptbahnhof ein, um die Forderungen des dbb zur Einkommensrunde 2013 in der Öffentlichkeit zu unterstützen. Unter ihnen befanden sich neben Tarifbeschäftigten auch zahlreiche Beamtinnen, Beamte, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Sie alle waren dem Aufruf des dbb und des dbb Hessen gefolgt. Der lange Protestzug ging vom Wiesbadener Hauptbahnhof vorbei am Hessischen Innenministerium, dem Hessischen Finanzministerium hin zum Luisenplatz. Hier fand die Kundgebung unter der Moderation des Tarifausschussvorsitzenden des dbb Hessen Klaus-Dieter Nolte statt.

Auch die Presse war sehr gut vertreten, unter anderem hr 3, FFH, rheinmain tv, RTL Hessen, SAT 1 sowie der Wiesbadener Kurier. Zahlreiche Mitgliedsgewerkschaften des dbb Hessen unterstützen die Forderungen der Einkommensrunde 2013. Unter ihnen war auch die seit Ende 2012 zur dbb Familie gehörende Nahverkehrsgewerkschaft NahVG. Ebenfalls nahmen Abgeordnete des Hessischen Landtags an der Kundgebung teil. Für den dbb Hessen stellte die stellvertretende Landesvorsitzende Ute Wiegand-Fleischhacker während der Kundgebung in ihrer Rede die Forderungen zur Einkommensrunde 2013 dar: Nach der Rückkehr Berlins in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder stehe nur noch Hessen allein in der tarifpolitischen Isolation, konstatierte die stellvertretende Landesvorsitzende Ute Wiegand-Fleischhacker. Es bleibe das prioritäre Ziel, dass Hessen in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückkehre. Bis zu diesem Zeitpunkt zeige man mit einheitlichen Forderungen, dass Hessen dazugehöre und dort die gleiche Arbeit geleistet werde wie in den 15 übrigen Bundesländern. Wiegand-Fleischhacker stellte fest, dass ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst die Voraussetzung für eine verlässliche öffentliche Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge sei. Diese Verlässlichkeit sei Voraussetzung für sozialen Frieden und eine florierende Wirtschaft. „Wir als öffentlicher Dienst sorgen dafür, dass der öffentliche Dienst sicher und zuverlässig funktioniert“, so Wiegand-Fleischhacker. Wenn der öffentliche Dienst nicht funktioniere, könne

auch die Wirtschaft nicht funktionieren. Daher habe man auch das Recht, eine gerechte Bezahlung zu fordern. Der dauernde Hinweis der Arbeitgeber auf die Haushaltslage des Landes Hessen reiche nicht aus, wichtig sei auch der Blick auf die Haushaltslage der Beschäftigten. Die Drohung mit Personalabbau werde von den Gewerkschaften ebenfalls zurückgewiesen, dies höre man seit Jahrzehnten. Personalabbau finde selbst dann statt, wenn eine Nullrunde gefordert würde. Anke Schneider, stv. Vorsitzende des VBE Hessen, ging während der Kundgebung auf die Forderungen der Einkommensrunde ein. Die Forderung nach einer Grundtarifizierung für Lehrkräfte (Entgeltordnung für die angestellten Lehrkräfte) wurde von ihr verdeutlicht. Siegfried Damm, stv. Bundesvorsitzender dbb Bundestarifkommission ging auf die Forderungen des dbb im Detail ein. Klaus-Dieter Nolte, Vorsitzender dbb Tarifausschuss und Vorsitzender der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten VDStrA moderierte die Kundgebung am Luisenplatz. Rund 150 Beschäftigte der Wiesbadener Busgesellschaft mbH (Wi-Bus) sorgten am 6. März 2013 in Wiesbaden in den frühen Morgenstunden für einen Totalausfall des Busverkehrs und im weiteren Verlauf des Tages für erhebliche Behinderungen im Berufsverkehr. Im Zuge des Warnstreiks im Fahrdienst blieben 150 Busse von Dienstbeginn um 4 Uhr früh an in den Depots. Zum Warnstreik aufgerufen hatte die seit Ende 2012 im dbb beamtenbund und tarifunion organisierte Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG). Christoph von Küster stellte während der Kundgebung die Arbeitsbedingungen bei WiBus dar und ging auf die konkreten Forderungen der NahVG ein. Mit Blick auf Europa stellte Wiegand-Fleischhacker fest, dass Deutschland überall in Europa um seine funktionierenden Strukturen und seine gesunden Länder beneidet werde. Es gelte, in diese Stärke zu investieren. Wer denke, starke Länder gäbe es zum Nulltarif, der irre. Starke Länder gebe es nur durch faire Löhne. Aktuell fänden sich genügend Beispiele in Europa, wo fehlende öffentliche Strukturen auch die Wirtschaft zum Erliegen gebracht hätten. In Deutschland und in Hessen boome die Wirtschaft. Da sei es nur fair, die Basisarbeit des öffentlichen Dienstes angemessen zu honorieren. Alle Beschäftigten in Hessen hätten in der Vergangenheit ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet. Eine Abkopplung der Einkommensentwicklung dürfe es nicht geben. Deswegen laute die Forderung für die hessischen Landesbeschäftigten nicht anders als für die Beschäftigten der übrigen Bundesländer. Es gehe allerdings nicht nur um Geld, sondern auch um die Wertschätzung der Arbeit der Menschen im öffentlichen Dienst, die Aufrechterhaltung und Sicherung öffentlicher Dienstleistungen und nicht zuletzt um Gerechtigkeit. Auch das Land Hessen müsse verstehen, dass man einen langfristig leistungsfähigen öffentlichen Dienst nicht herbeikürzen könne. Die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst müssten auch für Auszubildende attraktiv sein, mithin attraktiv bezahlt werden. Auf einem aus de-

mografischen Gründen immer stärker umkämpften Arbeitsmarkt müsse auch das Land Hessen ein wettbewerbsfähiges Angebot machen! Sollte Hessen kein Angebot vorlegen, mahnte sie, würden die Beschäftigten dafür kämpfen: „Wir wollen, dass die nächste Runde ein Ergebnis bringt!“ Sonst werde nicht nur die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gefährdet, sondern auch die Qualität der staatlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Mit Blick auf die Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich machte Wiegand-Fleischhacker deutlich, dass für den dbb Hes-

sen die Einkommensrunde erst dann zu Ende sei, wenn auch für die Beamtinnen und Beamten im Kommunal- und Landesdienst eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung erzielt worden sei. „Die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger müssen an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung in Form von Besoldungs- und Versorgungsanpassungen teilhaben!“, so Wiegand-Fleischhacker. Es könne nicht angehen, dass die Beamtinnen und Beamten mit der höchsten Arbeitszeit in Deutschland hinter den anderen Beschäftigten in der Einkommensentwicklung herhinkten. Auch die hessischen Pensionärinnen und Pensionäre hätten Anspruch auf ungeschmälerter Anpassung der Ruhestandsbezüge. Nur so könne der Dienstherr dauerhaft in Konkurrenz zur Privatwirtschaft um die besten Kräfte bestehen.

**Hinweis für unsere angestellten Mitglieder:**

Der Tarifkompromiss, den Sie der Presse entnehmen konnten, gilt derzeit nicht für Hessen. Hessen ist nicht Mitglied der TdL und verhandelt mit den Gewerkschaften bei Erscheinen dieses Heftes am 15./16. April 2013 separat.

Wir fordern einen Anschluss nicht unter der bundesweiten Einigung und eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme für Beamte und Pensionäre.

Ute Wiegand-Fleischhacker

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.



Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Der VBE Hessen am Samelpunkt ...



... als Marschblock unterwegs ...



... und Anke Schneider (stellv. Landesvorsitzende des VBE) auf dem Podium und bei ihrer Ansprache



## Schulen gehen in Führung Der Deutsche Schulleiterkongress 2013 ist Geschichte



„Alles wird gut“, gab Kongressmoderatorin Nina Ruge den Teilnehmern zum Abschluss des diesjährigen Schulleiterkongresses auf den Heimweg mit. Gut wird es allerdings nur, wenn die Politik kräftig in die Pflicht genommen wird, so die feste Meinung des VBE.

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft betonte eingangs in ihrem Grußwort, Schule zu leiten, sei heute eine echte Herkulesaufgabe geworden, doch hätte Herkules seine Aufgaben nacheinander erfüllen dürfen.



Schulleiter müssten das alles gleichzeitig tun. Udo Beckmann stellte für den VBE – Kongressveranstalter gemeinsam mit Carl Link / Wolters Kluwer – klar: „Schulleiter haben zu wenig Zeit, ihrer Leitungsarbeit nachzugehen, weil sie viel zu häufig selbst Unterricht gestalten müssen. Dazu kommt die mangelnde Unterstützung durch die Kommunen. An vielen Schulen fehlen Hausmeister- und Sekretariatsstellen, sodass auch diese Arbeiten von Schulleitern erledigt werden müssen.“ Es sei daher in den Bundesländern zunehmend schwierig, frei werdende Schulleiterstellen wieder zu besetzen. Immerhin gehe es um „Schlüsselrollen“, wie KMK-Vizepräsidentin Sylvia Löhrmann die Verantwortung der Schulleitungen in ihrem Statement beschrieb.

Schulische Führungskräfte erwarten Wertschätzung, wollen anspruchsvolle Fortbildung und wünschen sich einen anregenden Erfahrungsaustausch. Deshalb war der Deutsche Schulleiterkongress 2012 „erfunden“ worden und gilt bereits als bewährtes und international be-



achtetes Kongressformat. „Mit dem Deutschen Schulleiterkongress haben wir eine Lücke geschlossen“, so Michael Gloss von Wolters Kluwer / Carl Link, „denn das föderale Bildungssystem bremst in Deutschland den Austausch über Ländergrenzen hinweg.“ Die hohe Akzeptanz des Kongresses sei ein Grund, warum der Kongress dieses Jahr wiederholt worden sei.

In diesem Jahr kamen annähernd 2.000 Kongressteilnehmer, Schulleiterinnen und Schulleiter aus allen Bun-



desländern und dem europäischen Ausland in das Düsseldorf-Kongresszentrum CCD Süd. Das Programm des dreitägigen Kongresses umfasste Workshops für Einsteiger ins Schulleitungsamt, Hauptvorträge renommierter Forscher wie Prof. Elsbeth Stern, Prof. Klaus Hurrelmann, Prof. Gerald Hüther und Prof. Gerhard Roth, des Körpersprache-Experten Prof. Samy Molcho oder von Starkoch Johann Lafer. Prominent besetzt wa-



ren auch die Podiumsdiskussionen und Praxisforen. Die Teilnehmer hatten gern die Qual der Wahl. Etliche von ihnen hatten die Kongresspremiere 2012 erlebt und sich dann sofort entschieden, auch 2013 zu kommen.

Sicher ist bereits: Der nächste Deutsche Schulleiterkongress kommt. Er findet vom 13. bis 15. Februar 2014 im CCD Süd Düsseldorf statt. Mehr auf der Homepage [www.deutscher-schulleiterkongress.de](http://www.deutscher-schulleiterkongress.de)

Mira Futász

## Debeka lehnt Pläne einer Bürgerversicherung entschieden ab

Die Pläne von SPD, Grünen und der Linkspartei, eine einheitliche Bürgerversicherung einzuführen, werden von der Debeka, Deutschlands größter privater Krankenversicherung (PKV), entschieden abgelehnt. Diese rein ideologisch begründete Debatte führe zu einer Zwangsversicherung, die das bewährte deutsche Gesundheitssystem gefährden würde.

Uwe Laue, der Vorstandsvorsitzende der Debeka, erläutert zu den Hintergründen: „Es wird Zeit, dass die auf den ersten Blick so gerechte und solidarische Bürgerversicherung als das entlarvt wird, was sie ist, nämlich eine Sackgasse, die das deutsche Gesundheitssystem tief in die roten Zahlen manövrieren würde.“ Eine Einbeziehung von Beamten und anderen Privatversicherten in die Bürgerversicherung löse kein einziges Problem der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Es sei naiv zu glauben, man könne ein umlagefinanziertes System dadurch retten, dass man die Basis seiner Versicherten verbreitert. Laue gibt dazu ein anschauliches Beispiel: „Ein schlingerndes Boot kann man auch nicht stabilisieren, indem man weitere Menschen hineinsetzt, die zwar vorübergehend rudern, aber letztlich das Boot durch ihr Gewicht nur noch schneller untergehen lassen“.

Die Debeka hat einen klaren Standpunkt: Eine Bürgerversicherung nützt niemandem, auch nicht den gesetzlichen Kassen. Denn sie würde das leistungsstarke duale System Deutschlands zerstören. Wohin der fehlende Wettbewerb zwischen PKV und GKV führt, zeigt der Blick nach Großbritannien, wo es bereits ein solches Einheitssystem gibt. Dort etwa dürfen bei Kindern die Mandeln erst nach sieben durchstandenen Entzün-

dungen operativ entfernt werden. Oder es kommt vor, dass z. B. einem 66-jährigen die Medikation eines überlebenswichtigen Krebsmedikamentes verweigert wird, weil er zu alt ist und nichts mehr zur Gesellschaft beiträgt.

„Ohne funktionierenden Wettbewerb entscheidet letztlich die Kassenlage, ob eine Behandlung wirtschaftlich vertretbar ist oder nicht. Wer eine Bürgerversicherung will, muss auch mit solchen Entwicklungen rechnen“, gibt Laue zu bedenken. Eine Einheitsversicherung bedeute die Abschaffung der privaten Krankenversicherung als Vollversicherung. Bisher leisten die privat Versicherten jedoch einen sehr viel höheren Beitrag zur Finanzierung der Gesundheitskosten in Deutschland, als es ihrem Anteil von elf Prozent an allen Krankenversicherten in Deutschland entspricht. Dieser Zusatzbeitrag aller privat Versicherten zur Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens beläuft sich auf über zehn Milliarden Euro jährlich, unter anderem weil sie für viele Gesundheitsleistungen höhere Preise zahlen als die Versicherten der gesetzlichen Kassen. Kaum ein Arzt oder Krankenhaus wäre ohne Privatpatienten wirtschaftlich überlebensfähig. Zu den in den Medien berichteten „Rekord-Überschüssen“ der GKV führt Laue aus: „Das klingt zunächst nach etwas ganz Großem. Doch diese rund 22 Milliarden Euro entsprechen knapp anderthalb Monatsausgaben der gesetzlichen Kassen. Hinzu kommt, dass diese Mehreinnahmen ein einmaliger und vorübergehender Effekt sind. Die private Krankenversicherung erzielt jedes Jahr Überschüsse in der Größenordnung von anderthalb Monatsausgaben.“ Eine einfache Vergleichsrechnung macht es deutlich: Neun Millionen privat Versicherte haben Alterungsrückstellungen in Höhe von rund 180 Milliarden Euro gebildet – der Anteil der Debeka-Versicherten daran beträgt über 25 Milliarden Euro. Hochgerechnet auf die 70 Millionen gesetzlich Versicherten entspräche das einer Summe von rund 1,4 Billionen Euro.

### +++ Die chaotischste Meldung +++

„Ich habe nirgends im Gesetz und auch in keiner Landtagsdrucksache auch nur den Ansatz eines Hinweises gefunden, dass Personal aus dem Ministerium in das Amt wechseln soll“, sagte Richter Schild. ... Überhaupt sei „völlig unklar, welche Aufgaben das Landesschulamt und das dortige Personal eigentlich wahrnehmen sollen“, wettete Schild. ... „Es herrscht Organisationschaos“, so Schild.

(aus eine Meldung der Frankfurter Rundschau vom 28.03.2013 zu einer gerichtlichen Niederlage des HKM in Sachen Personalvertretung vor dem VG Wiesbaden)

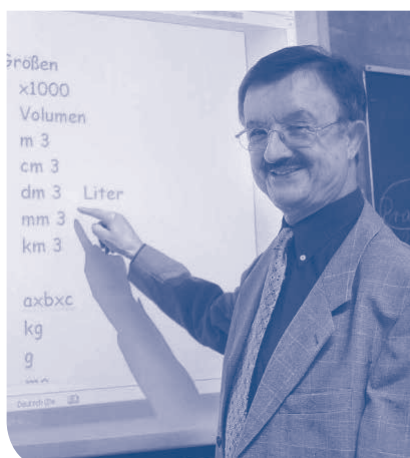
Also: Neues von der „Lachnummer“! – Erinnern Sie sich: Alle Experten rieten seinerzeit ab, aber das Gesetz wurde dennoch im Hauruck-Verfahren verabschiedet. Jetzt tritt ein, was vorhergesagt wurde: Das Amt ist handlungsunfähig und mit sich selbst beschäftigt – eine wahrhaft qualitativ hochwertige Unterstützung für die hessischen Schulen ...

Doch die gesetzliche Krankenversicherung baut allein auf die Umlagefinanzierung und steuerfinanzierte Zuschüsse. Allein im Jahr 2012 erhielten die Kassen 14 Milliarden Euro Staatszuschuss aus Steuergeldern – Steuern, die auch von den Privatversicherten mitbezahlt wurden.

Für die zukünftige Finanzierung unseres Gesundheitssystems ist aus Sicht der PKV und der Debeka die stärkere Einbeziehung kapitalgedeckter Elemente unverzichtbar. Für Uwe Laue steht fest: „Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müsste man mehr Menschen die Möglichkeit geben, sich privat krankenzuversichern, als sie in ein Einheitssystem zu zwingen.“

## Nachruf

### Schulamtsdirektor a. D. Helmut Holzderber leider viel zu früh verstorben



Der Kreisverband Odenwald und der Regionalverband Darmstadt-Dieburg trauern um ihr langjähriges, aktives Mitglied Herrn Helmut Holzderber, der am 18. Februar 2013 im Alter von 66 Jahren verstorben ist.

Er war seit 1977 Mitglied im Verband Bildung und Erziehung und stand dem VBE-Kreisverband Odenwald in der Zeit von 1980–1989 als Vorsitzender vor. Nach seinem Wechsel in den Landkreis Darmstadt-Dieburg an die Dr.-Kurt-Schumacher-Schule in Reinheim, die er von 1989 bis 2001 leitete, engagierte er sich im VBE-Vorstand des Kreisverbandes Darmstadt-Dieburg u.a. als stellvertretender Vorsitzender.

2001 wurde er Schulamtsdirektor im Staatlichen Schulamt in Heppenheim. Auch in dieser Zeit in der Schulaufsicht blieb er dem VBE fest verbunden und war als Mitglied in der VBE-Arbeitsgemeinschaft „Bildungsverwaltung“ aktiv, auch nach seiner Pensionierung im Oktober 2010. Mit sehr großem Engagement, bewundernswerter Weitsicht und Beharrlichkeit hat er sich in all diesen Jahren in seiner gewerkschaftlichen und dienstlichen Tätigkeit für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte eingesetzt. In den VBE-Gremien haben wir alle seine sachliche Art, sein Wissen und seine überzeugenden Argumente und Ratschläge sehr geschätzt. Wir werden Herrn Helmut Holzderber als einen freundlichen und stets hilfsbereiten Kollegen und Freund in dankbarer Erinnerung behalten. Wir trauern mit seiner Familie. Im Namen der VBE-Verbände Odenwald und Darmstadt-Dieburg:

Georg Raab und Sigrid-Inge Slabon

## Aus den Regional- und Kreisverbänden

### KV Limburg-Weilburg

### Die Familienklasse

Im Rahmen unserer diesjährigen Jahreshauptversammlung des VBE-Kreisverbandes Limburg-Weilburg konnten wir Herr Scharfe und Herrn Wack vom Albert-Schweitzer-Kinderdorf Wetzlar begrüßen.

Mit großem Interesse verfolgten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen die ausführlichen Darstellungen und Dokumentationen ihres Projekts der „Familienklasse“.

Worum geht es dabei?

„Die Familienklasse ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Albert-Schweitzer-Kinderdorf Wetzlar, der Grundschule Aßlar, der Stadt Aßlar, der Bürgerstiftung Aßlar, des Lahn-Dill-Kreises sowie des Lions-Club Wetzlar. Für die fachliche Umsetzung dieses neuen Projekts sind die Grundschule Aßlar und das Albert-Schweitzer-Kinderdorf hauptverantwortlich.

Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten im Schulalltag lernen, diesen wieder angemessen zu bewältigen. Dieses Ziel lässt sich nur gestalten, wenn Eltern aktiv in die Veränderungsprozesse mit eingebunden werden. Deshalb werden im Rahmen eines multifamilientherapeutischen Ansatzes Familien und Schule zusammengeführt. Jedes Kind besucht die Familienklasse in Begleitung eines Elternteils.

Die Eltern lernen im Klassenzimmer, eigenständig und angemessen auf schwierige Situationen im Umgang mit ihrem Kind zu reagieren. Dabei entwickeln sie ein Gespür für die alltäglichen schulischen Anforderungen und Strukturen, die ihr Kind zu erfüllen hat.

Die Eltern unterstützen sich gegenseitig und erfahren eine positive Stärkung aus der anwesenden Elterngruppe in der Familienklasse.

Punktuell finden auch Hausbesuche bei der Familie statt, um die Eltern zu unterstützen, neue Kompetenzen in das häusliche Umfeld zu übertragen. Die Hausbesuche führen die Mitarbeiterinnen der Familienklasse durch.

Nähere Informationen können Sie im Rahmen der Tagung „Multifamilientherapie“ vom 4.–6. Juni 2013 in Wetzlar erhalten.

## Mitteilung des Landeskassenwartes

Der Verband Bildung und Erziehung berechnet seine Beiträge transparent. Bei einer linearen Beitragserhöhung folgen wir in zeitlichem Abstand jeweils mit einer gleich großen prozentualen Erhöhung der Beiträge.

Die beiden letzten linearen Besoldungserhöhungen in Hessen haben wir bislang nicht weitergegeben. Dies tun wir nun gemäß Beschluss des letzten Gewerkschafts-

tages zum 1. Januar 2013. Ganz sicher haben Sie für die moderaten Erhöhungen Verständnis. Zahlen Sie per Abbuchung, brauchen Sie nichts zu unternehmen; wir passen die Abbuchungen an. Sollten Sie noch Selbstzahler sein, berücksichtigen Sie bitte die neuen Beiträge. Unsere Leistungen bleiben selbstverständlich in vollem Umfang erhalten, müssen aber eben auch mit steigenden Kosten finanziert werden.

Übrigens: Unsere Pensionäre haben wir nur minimal angehoben, weil sie von den linearen Beitragserhöhungen nicht in vollem Umfang betroffen waren. Nachstehend nun nochmals die neue Beitragstabelle.

Besoldungsgruppe	Vollzahler	Teilzahler	Pensionäre
A 10 / BAT IV b	11,50 €	7,90 €	6,60 €
A 11 / BAT IV a	13,70 €	8,80 €	7,00 €
A 12 / BAT III/TV-H EG 12	14,60 €	9,80 €	7,50 €
A 13 / BAT II a / II b/TV-H EG 13	16,20 €	11,00 €	8,10 €
A 14 / BAT I b/TV-H EG 14	17,10 €	11,20 €	8,40 €
A 15 / BAT I a/TV-H EG 15	19,20 €	13,10 €	9,85 €
A 16 / BAT I	21,40 €	14,20 €	11,30 €

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.



Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst  
(Referendare) aller Lehrämter 2,50 €

Studenten, Beurlaubte, ohne Bezüge,  
arbeitslos beitragsfrei

### +++ Die aussagekräftigste Meldung +++

„Der von Ihnen ... geplante Deutsche Schulleiterkongress wird vom Hessischen Kultusministerium ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Dennoch kann die von Ihnen gewünschte Übernahme der Teilnehmergebühr für hessische Schulleiterinnen und Schulleiter durch unser Haus nicht erfolgen, da alle hessischen Schulen budgetiert sind und eigenständig über die Teilnahme ihres Personals an Fortbildungsveranstaltungen entscheiden.“

(aus einem Antwortbrief des HKM vom 6.02.2013 an den VBE-Bundesvorsitzenden Udo Beckmann, der – wie bei allen Ländern – um Übernahme der Kosten des DSLK 2013 für hessische Schulleiterinnen und Schulleiter, zumindest für neu im Amt befindliche, gebeten hatte)

Da war das Land Brandenburg einfach besser. Dies hatte nämlich die Kosten für alle seine teilnehmenden Schulleiterinnen und Schulleiter übernommen und einen Sonderpreis ausgehandelt.

Übrigens bleibt unerfindlich, wie eine hessische Schule mit gerade einmal 40 Fortbildungsmitteln je Stelle eine solche Teilnahme finanzieren soll. Zudem, sollte das Fortbildungsbudget ja wohl weitgehend dem Kollegium zugutekommen ...

### Impressum

„Lehrer und Schule“  
Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)  
Landesverband Hessen e. V.

Herausgeber und Verlag  
Verband Bildung und Erziehung (VBE)  
Landesverband Hessen e. V.

Redaktion  
Anke Schneider  
Rittlehnstraße 40 • 36041 Fulda  
Telefon: (06 61) 5 95 64  
E-Mail: [schriftleitung-lus@vbe-hessen.de](mailto:schriftleitung-lus@vbe-hessen.de)

Landesgeschäftsstelle  
Niedergärtenstraße 9 • 63533 Mainhausen-Zellhausen  
Telefon: (0 61 82) 89 75 10 • Telefax: (0 61 82) 89 75 11  
E-Mail: [vbe-he@t-online.de](mailto:vbe-he@t-online.de)  
Homepage: <http://www.vbe-hessen.de>

Basisgestaltung  
Typoly, Berlin | [www.typoly.de](http://www.typoly.de)

Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung  
Gebr. Wilke GmbH, Druckerei und Verlag  
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm

Die offizielle Meinung des VBE geben nur gekennzeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Organe des VBE wieder. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Unterzeichnende verantwortlich. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden. Nachdrucke nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

ISSN: 1860-739X

# VBE präsentiert

## Ius fix (R)(r)echt schnell

### Das Hessische Schulgesetz und wichtige Verordnungen und Erlasse für den Schulalltag auf einer CD

Damit die Suche leichter wird, haben wir die Inhaltsverzeichnisse mit Links versehen:

Ein Mausklick reicht und Sie sind an der gewünschten Textstelle.

Für das Hessische Schulgesetz haben wir zusätzlich ein Stichwortverzeichnis angelegt und den Gesetzestext mit Links versehen vorangestellt.

Die vorliegende CD wird ständig überarbeitet und erweitert. Für Anregungen und Hinweise sind wir dankbar.

Systemanforderungen: ab Microsoft WORD 97

**Ius fix** ist zu bestellen bei:

VBE-Landesgeschäftsstelle Hessen

Postfach 1209, 63530 Mainhausen

Tel.: 0 61 82 (89 75 10), Fax: 0 61 82 (89 75 11)

E-Mail: vbe-he@t-online.de

Kostenbeitrag: 18,- € (Mitglieder 10,- €) einschließlich Versandkosten

Im Preis ist ein zweimaliges Update enthalten.

Der VBE ist für den Inhalt der Gesetze, Verordnungen und Erlasse nicht verantwortlich.

Rechtliche Ansprüche lassen sich aus dieser Veröffentlichung gegen den VBE nicht ableiten.

Das Copyright für die Zusammenstellung und Gestaltung liegt beim VBE Hessen.

Das unberechtigte und unerlaubte Kopieren ist deshalb nicht gestattet.

## VBE-Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VBE-Landesverband Hessen. Meine Angaben dürfen zur Abwicklung VBE-interner Arbeitsvorgänge gespeichert und verarbeitet werden.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zulasten meines Girokontos durch Lastschrift einzuziehen.

Anrede:  Herr  Frau

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Vorname und Name

Bank/Sparkasse

geb. am

Telefon

Telefax

Kontoinhaber

Straße

Hausnr.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Teileinlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

E-Mail

Amtsbezeichnung

Bes.-Gruppe

Lehramt

Fächer

Einsatz in Schulart

im Dienst seit

**Ich bin bereit, in den Gremien des VBE Hessen mitzuarbeiten und bitte ggf. um Kontakt.**

Ja

Nein

Dienststelle/Schulanschrift

Beamter  Angestellter  Teilzeit mit \_\_\_\_\_ Std.

Pensionär  Lehrkraft im Vorbereitungsdienst  Student

ohne Stelle und Bezüge (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Datum

Unterschrift

VBE-Landesbüro  
Niedergärtenstr. 9  
63533 Mainhausen-  
Zellhausen  
Tel. (0 61 82) 89 75 10  
Fax (0 61 82) 89 75 11  
www.vbe-hessen.de

## Postvertriebsstück D 5119

### Gebühr bezahlt

Gebrüder Wilke GmbH

Postfach 2767 · 59017 Hamm

## Veranstaltungen

### Der Kreisverband Limburg-Weilburg lädt ein zu folgenden Veranstaltungen:

#### Facebook & Co.

**Termin:** 23.05.2013 – 15.00 Uhr

Erlenbachschule Hadamarer Str. 13, 65604 Elz

Frau Katja Leischner, Polizeihauptkommissarin, informiert über die Gefahren für Kinder und Jugendliche bei der Nutzung neuer Medien.

Themenschwerpunkte sind: Jugendtypisches Nutzungsverhalten – Das Handy als Multifunktionsgerät, Cyber-Mobbing – Jugendschutz in Kommunikationsplattformen (Chats) – Gefährdung durch sorglose Darstellung und/oder unvorsichtige Weitergabe persönlicher Daten in sozialen Netzwerken – Wichtiges über den Daten-Selbstbedienungsladen Facebook

Anmeldungen sind ab sofort möglich bei:

Petra Weber-Laßmann, Vorsitzende  
des VBE-Kreisverbandes Limburg-Weilburg

Tel.: 06431-976874

E-Mail: PetraWeber-Lassmann@gmx.de

#### Seminar: Singen ist Kraftfutter für Kindergehirne mit Reinhard Horn

**Termin:** 16.04.2013 – 14.30 Uhr

Grundschule, Obertiefenbach Schubbacher Straße 41, 65614 Bese-lich

Kindermusikpädagoge, Komponist und Autor zahlreicher Liederbücher für Schule und Kindergarten Reinhard Horn hat eine umfangreiche Konzert-, Seminar- und Fortbildungserfahrung. Vielen ist er auch bekannt durch Rundfunk und Fernsehen.

Reinhard Horn stellt in diesem praxisorientierten Seminar neue, wunderschöne Lieder vor.

Auch fachfremde Kollegen/-innen werden hier Beispiele und Anregungen erhalten, die sie sofort im Unterricht umsetzen können.

Weitere Informationen unter: [www.kontakte-musikverlag.de](http://www.kontakte-musikverlag.de),

Kosten: 5 Euro für Nichtmitglieder.

Anmeldungen sind ab sofort möglich bei:

Petra Weber-Laßmann, Vorsitzende des  
VBE-Kreisverbandes Limburg-Weilburg

Tel.: 06431-976874

E-Mail: PetraWeber-Lassmann@gmx.de

+++ Der Lehrerkalender 2013/2014 ist da! +++

## Das Arbeitsmittel von hessischen Lehrern für hessische Lehrer!

und natürlich auch für Erzieher, Sonderpädagogische Fachkräfte

- 6 Lehrerstundenpläne (kombiniert mit Aufsichtsstunde)
- Seiten zur Erfassung von Vertretungsstunden und Mehrarbeit
- 6 Klassenstundenpläne, Jahresübersichten bis 2014
- Informationen über und vom VBE Hessen
- Übersicht über die Ferien in den Bundesländern
- hessische Ferientage im Kalendarium eingefärbt
- Doppelseite pro Woche, 9 Zeilen pro Wochentag
- 12 Doppelseiten Schülernotenlisten, Einstecktasche für Stundenplan

Format: 14,8 x 21 cm

192 Seiten



Neu sind die perforierten Seiten des Kalendariums zur besseren Übersicht des Stundenplans.

Der Hessische Lehrerkalender 2013/2014 kostet 7,50 € pro Stück (für Nichtmitglieder). VBE-Mitglieder erhalten ihren Lehrerkalender automatisch und kostenlos mit dieser Ausgabe.